

Bonn, Montag 2. April 1973

Sprecher: [Amrehn], Barzel, Filbinger, Hasselmann, Katzer, Köppler, Kraske, Vogel, Wex.

Politische Lage. Vorbereitung der anschließenden Bundesausschußsitzung.

Beginn: 9.00 Uhr

POLITISCHE LAGE

Barzel: Meine Damen und Herren! Wie immer, Herr Vetter¹, waren Sie uns herzlich willkommen, und werden es bald wieder sein. Wir haben diesen Vorstand eingeladen, weil es, glaube ich, notwendig ist, daß der Vorstand tagt, bevor wir den Bundesparteiausschuß² haben. Der Bundesparteiausschuß heute ist außer der Reihe, weil wir bei der letzten Sitzung im Hinblick auf aktuelle Probleme nicht dazu kamen, auszusprechen oder auch nur anzuhören den vollständigen Bericht des Generalsekretärs. Dies wird heute im Mittelpunkt stehen. Aber natürlich wird der Vorsitzende zunächst einen politischen Bericht zu geben haben.

Ich möchte herzliche Glückwünsche sagen an unsere Freunde in Ostwestfalen und in Niedersachsen wegen hervorragender Kreistagswahlen.³ Vielleicht nehmen Sie nachher Gelegenheit, ein paar Sätze dazu zu sagen. Ich hoffe, daß wir aus Baden-Württemberg am nächsten Sonntag ähnlich Gutes hören, wenngleich wir alle wissen müssen, daß dort natürlich die uns hilfreichen Wählervereinigungen, hilfreich bei Landtags- und Bundestagswahlen, nun allein in Erscheinung zu treten wünschen. Das muß man würdigen, wenn wir also Montag die Ergebnisse würdigen werden. Aber auch dort sieht es ja, wenigstens nach meinem Eindruck, gut aus.

Wenn ich hier ein paar Worte sagen darf zunächst über die anderen. Was in der Sozialdemokratie los ist, sehen Sie. Es wird sicher auf dem Parteitag trotz allem einen großen Jubel für Herrn Brandt geben.⁴ Wir sollten uns nicht, wie leider die Öffentlichkeit, anstecken lassen von dieser Methode, die ja diabolisch ist, nach der Echternacher

1 Dr. h. c. Heinrich Vetter (1910–2003), Unternehmer aus Mannheim.

2 Protokoll in ACDP 07–001–612.

3 Vgl. zu den Teilkommunalwahlen am 25. März 1973 „Neue Osnabrücker Zeitung“ vom 26. März 1973 „Leichte Verluste für SPD. Gewinne für CDU und FDP“; Ergebnisse in „Süddeutsche Zeitung“ vom 27. März 1973.

4 Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Hg.): Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1973. Vom 10. bis 14. April 1973, Stadthalle Hannover. 2 Bde. Bonn 1973.

Springprozeession, drei Schritte vor und zwei zurück. So ist es doch. Und die Methode ist doch klar, da sagen die Jungsozialisten, die Amis sollen raus. Und dann sagen wir, das ist aber sehr gefährlich, dann sagt die SPD-Führung, das meinen wir nicht, dann ist die Bevölkerung beruhigt und sagt, die jungen Leute waren da temperamentvoll, und dann kommt acht Tage später der Antrag, der auf die Abschaffung der Wehrpflicht hinausläuft. Das ist so kompliziert, das nimmt keiner zur Kenntnis. Oder die Jusos sagen, Sozialisierung der Banken. Dann sagen wir, das ist aber gefährlich, dann sagt die SPD-Führung, das mögen wir eigentlich auch noch nicht, und dann sagen wieder alle, die jungen Leute sind zur Ordnung gerufen, und acht Tage später kommt dann der Antrag auf öffentliche Investitionskontrolle, und auch Abschiednehmen von der privaten Vermögensbildung und statt dessen der Sozialisierung der Produktionsmittel. Und alle nehmen dies nicht zur Kenntnis, da zu kompliziert. Das heißt, wir haben uns einzurichten auf einen Parteitag mit lauter Jubel für den Vorsitzenden, bei zugleich extrem sozialistischen Beschlüssen. Und es wird unserer Pressearbeit und unserer Aufklärungsarbeit bedürfen, das herauszustellen. Wir sollten nicht übersehen, daß die Jusos ganz deutlich erklären: Was heißt hier, wir sollten uns abspalten, das haben wir gar nicht nötig; wir können uns ja ausrechnen, wann wir die Mehrheit erobern.

Was die FDP betrifft, so ist es bemerkenswert genug, daß sie in großem Gleichklang auf dem Landesparteitag⁵ nun das gesagt hat, was wir von ihr ohnehin wissen, nämlich die klare Abgrenzung nach beiden Seiten. Und dies ist doch immerhin bedeutsam und bemerkenswert. Sie geht eigentlich an einer Stelle ein auf unsere These, indem sie sagt, die CDU muß sich erst einmal selbst besinnen. Wir haben ja auch immer gesagt, wir machen nichts Kurzfristiges, sondern die Kraft muß aus uns selber kommen.

An dieser Stelle möchte ich uns aber alle einladen, nicht denen zu folgen, die auf unserer oder auf deren Seite mit dem Begriff der Demokratisierung der Gesellschaft einen künstlichen Graben errichten. Denn da muß man fragen, was ist eigentlich damit gemeint? Wenn damit gemeint ist die Übertragung des Mehrheitsprinzips auf die Familie, müssen wir das ablehnen. Wenn damit aber gemeint sind Transparenz und Mitbestimmung und Grundrechte und solche Sachen, dann können wir dem zustimmen. Und wir wollen uns hier nicht unnötig in Situationen begeben, die Gespräche unmöglich machen. Das scheint mir in dieser Sicht sehr, sehr wichtig.

Wir haben diese Woche entscheidende Debatten im Bundestag.⁶ Es wird notwendig sein, die grundsätzliche Kontroverse mit der Regierung, der wir nun die 100 Tage ein-

5 Anspielung auf die Rede Genschers am 1. April 1973 auf dem Parteitag der nordrhein-westfälischen FDP in Siegen. Vgl. „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 2. April 1973 „Die FDP betont Unabhängigkeit“.

6 Am 3. April 1973 wurde der Entwurf des Haushaltsgesetzes 1973 in den Bundestag eingebracht, am 4. April 1973 folgte die Aussprache über das Haushaltsgesetz sowie die erste Beratung des 5. Gesetzes über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes. Die Aussprache über beide Gesetze wurde am 5. April 1973 fortgesetzt. Am 6. April 1973 Fortsetzung der Beratungen sowie erste Beratung über das Gesetz über die 16. Rentenanpassung begonnen (Sten.Ber. 7. WP 25. Sitzung S. 1205–1215, 26. Sitzung S. 1220–1269, 27. Sitzung S. 1274–1369).

geräumt haben, aufzunehmen. Sicher ist alles das schlimm, was von Steuern, Finanzen, Haushalt, Inflation zu sagen ist, aber ich glaube, es ist noch viel schlimmer, wie diese Leute mit den Grundwerten umgehen. Ob Sie die Sache mit der Wehrpflicht nehmen, ob Sie die oberflächliche Flatterhaftigkeit nehmen, mit der die plötzlich für die Fristenlösung eintreten, ob Sie die Auflösung praktisch des Eigentumsbegriffs nehmen, sei es durch die Dinge, die ich nannte, sei es durch die Aufteilung des Rechts und der Nutzungsgewalt. Wohin Sie da gucken, ist eigentlich Auflösung, und dies sollten wir auch sehr, sehr deutlich sagen. Und Sie merken ja, daß unsere These, daß hier Hand in Hand geht eine Verteufelung des Antikommunismus mit einem munteren Aufblühen des Antiamerikanismus, eine wirksame These ist, und wir sollten hier an ihr festhalten.

Was uns selbst betrifft, so habe ich die Runde der Gespräche mit den Bundesvorständen der Vereinigungen beendet. Es stehen zwei aus, das sind nicht Vereinigungen, Wirtschaftsrat und RCDS, das kommt noch. Daraus ergab sich ein interessantes Bild, nicht nur über die politischen Auffassungen, sondern auch über den organisatorischen Zustand dieser Vereinigungen. Ich glaube, daß es, und das ergibt sich aus diesen Gesprächen, notwendig sein wird, daß wir etwas deutlicher Pflöcke einrammen hinsichtlich der Vorhaben, die wir haben, damit hier keiner sich irritiert fühlt. Wir sollten deshalb zum Bodenrecht nachher etwas sagen, zur beruflichen Bildung, und natürlich auch zum Thema der Mitbestimmung, denn das werden die drei Fragen sein, die auf dem Parteitag eine Rolle spielen, wobei ich hoffe, daß wir zum Bodenrecht im Frühsommer das Kommissionsergebnis schon haben, damit dies ordnungsgemäß an die Partei gehen kann, an Kreisparteien und Delegierte. In der Sache berufliche Bildung werden wir nicht so weit kommen. Wir müssen hier ein bißchen Tempo machen, ohne daß wir nun etwa eine Bundeskompetenz für alles anstreben – das würde ja töricht sein, wenn man die Zeit verliert –, aber eine gemeinsame Konzeption als Partei für Bund und Länder. Ich glaube, daß Herr Gölter mit seinen Freunden da in einer guten Arbeit ist. Was die Mitbestimmung betrifft, so kriegen wir sie auf dem Parteitag ohnehin wegen der zu erwartenden Beschlüsse der Sozialausschüsse im Mai⁷, wegen der zu erwartenden Beschlüsse der Jungen Union im Juni⁸, und des Mittelstandes auch im Juni⁹. Wir werden vielleicht noch Gelegenheit haben, ein bißchen uns abzustimmen, damit nicht das nur apodiktisch ist und kosmetische Gesichtspunkte noch eine zusätzliche Rolle spielen außer den Schwierigkeiten in der Sache. Aber das sind die drei Fragen, die ich auf dem Parteitag kommen sehe außer den anderen.

Das Gesellschaftsspiel der Union, die Personalfrage, kann heute nicht stattfinden, weil Helmut Kohl verhindert ist. Er hat heute den Bundespräsidenten in Rheinland-Pfalz. Wir haben mit seinem Einverständnis trotzdem den Termin heute, und ich bitte

7 15. Bundestagung der CDA am 19./20. Mai 1973 in Bochum. Unterlagen in ACDP 04–013–121/2.

8 Außerordentlicher Deutschlandtag der JU vom 1. bis 3. Juni 1973 in Herford. Unterlagen in ACDP 04–007–027/2, –028/1+2, –029/1.

9 18. Bundeskongreß der Mittelstandsvereinigung am 17. Juni 1973 in Hannover. Unterlagen in ACDP 04–004–007/3.

alle Vorstandsmitglieder eventuellen Versuchen, nun dieses Spiel heute zu spielen, doch zu widerstehen.

Ich habe, wie Sie wissen, einen Besuch in Brüssel¹⁰ gemacht, bewußt als ersten nach den Wahlen, bei der Gemeinschaft und beim Bündnis und werde den normalen Besuch in Washington¹¹ in der Woche vor Ostern drüben abhalten, wenn sich nicht Komplikationen wegen der Spannungen jetzt ergeben, an die ich aber nicht glaube.

Das, was sich in Brüssel abzeichnet bei der Gemeinschaft, ist auf der einen Seite ein erfreuliches Bild, weil die Kommission in einer Weise arbeitet, wie dies seit Hallsteins Zeiten nicht mehr war, kollegial, freundlich, arbeitsreich. Die Termine werden eingehalten, das klappt alles. Zur Sache selbst ist das Bild natürlich verheerend. Da hat man jetzt zu sechst eine gemeinsame Außenwährungspolitik. Man hat zu neunt eine gemeinsame Außenhandelspolitik, aber innerhalb der Gemeinschaft nicht den Ansatz einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik, das kann nicht funktionieren und muß von uns angemahnt werden, zumal der Sachverständigenrat auf diese empfindliche Lücke hingewiesen hat in seinem Dezembergutachten.¹² Da fehlte also der Bonner Motor, das ist unbestreitbar, und die Briten gehen mit voller Kraft dort ins Geschäft.

Und ein Blick auf das Bündnis ist besorgniserregend, wenn Sie mit den Herren sprechen, wegen der inneren Lage in verschiedenen Ländern der Gemeinschaft, im Süden und im Norden. Aber zunehmende Fragen bestehen auch wegen der inneren Lage in der Bundesrepublik Deutschland. Die Frage, die man vor einem Jahr beim Besuch bei jedem bekam hieß, warum sind Sie eigentlich gegen die Ostpolitik von Herrn Brandt? Heute heißt die Frage, was ist eigentlich dabei rausgekommen? Das ist schon eine fundamentale Veränderung, die man zur Kenntnis nehmen sollte.

Mit dem Blick auf Helsinki¹³ und auch Wien¹⁴ können wir nur sagen, daß der NATO-Beschluß vom Dezember¹⁵, dies beides gleichzeitig und parallel zu behandeln, in keiner Weise eingehalten wird. In Wien hat man noch nicht einmal angefangen, ist

10 Barzel hielt sich am 22./23. März zu Gesprächen in Brüssel auf. Vgl. „Die Welt“ vom 24. März 1973 „Barzel vermißt Koordinierung der Wirtschaftspolitik in der EG“; FAZ vom 24. März 1973 „Barzel: Währungsunion zügig entwickeln“.

11 Barzel hielt sich vom 16. bis 21. April 1973 zu Gesprächen in Washington und New York auf. Vgl. „General-Anzeiger Bonn“ vom 17. April 1973 „Barzels Washington-Trip – oder: geschicktes Timing“; „Hamburger Abendblatt“ vom 19. April 1973 „Präsident Nixon bat Barzel zu sich“; „Süddeutsche Zeitung“ vom 21. April 1973 „Barzel bei Waldheim: Schon immer ein Freund der UNO“.

12 Vgl. Nr. 33 Anm. 20.

13 In Helsinki fand vom 26. Februar bis 6. April 1973 die dritte Botschafterkonferenz zur Vorbereitung der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa statt. Vgl. AdG 1973 S. 17803–17805.

14 In Wien wurden am 31. Januar 1973 vorbereitende Gespräche über Truppen- und Rüstungsverminderungen in Mitteleuropa (MBFR) begonnen. Vgl. AAPD 1973 Dok. 32; AdG 1973 S. 17680f. Vgl. dazu Reinhard MUTZ (Hg.): Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR). Chronik, Glossar, Dokumentation, Bibliographie 1973–1982. Baden-Baden 1983.

15 Kommuniké der Ministertagung des Nordatlantikrates am 7./8. Dezember 1972 in Brüssel in BULLETIN Nr. 166 S. 1961–1964.

man in den Präliminarien. In Helsinki hofft man im Juni die zweite Etappe, d. h. die Minister, zusammenhaben zu können. Das ist ziemlich fortgeschritten unter den Botschaftern, am wenigsten fortgeschritten in der entscheidenden Frage der Freizügigkeit für Menschen, Informationen und Meinungen. Sie wissen, daß unsere Formel, die wir vor Jahren brauchten, zum erstenmal in Rom¹⁶, ins NATO-Kommuniqué aufgenommen worden ist, dann wieder in Lissabon¹⁷ und noch einmal in Brüssel¹⁸, und jetzt eben dort eine große Rolle spielt. Deshalb sind wir in einer guten Situation. Die Bundesregierung selbst hat eine eher schlappe Haltung in dieser Frage. Wenn Sie etwa die Berichterstattung der „Neuen Zürcher Zeitung“ regelmäßig dazu verfolgen, wozu ich Sie nur einladen kann, dann sind Sie über die Konferenz, soweit ich auch aus anderen Unterlagen sehe, im Grunde informiert. Wir müssen also damit rechnen, daß das zustandekommt, und das, was da noch auszubügeln ist, Herr Breschnew bei seinem bevorstehenden Besuch hier in Bonn¹⁹ ausbügeln wird. Ich glaube über den Grundvertrag und diese Probleme brauchen wir heute nicht erneut etwas zu sagen.

Wir sollten aber eine Erklärung abgeben, so haben wir dies auch eben im Präsidium uns vorgenommen, hinsichtlich der Diskussion über den § 218.²⁰ Diese Erklärung muß auf unserer Linie bleiben, die wir nicht vernachlässigen dürfen, denn es ist für uns zwar nicht ein voller Triumph, indem alle Fraktionen und Parteien sagen, wir wollen dies nur den Kolleginnen und Kollegen überlassen zur Gewissensentscheidung. Aber immerhin ist in der SPD – und dies ist einmalig in ihrer Geschichte – es ausdrücklich erlaubt worden, neben dem Mehrheitsbeschluß doch einer Gruppe, die immerhin zwischen 20 und 30 Kollegen stark ist, eine Initiative zu erlauben, wobei wir da in der Sache nicht allzu sehr frohlocken dürfen, denn Indikationen ohne Fristen bedeuten natürlich die Chance, noch viel weiter zu gehen – wenn man nicht aufpaßt – als mit der Fristenlösung. Wir sollten hierzu heute ein Votum machen, das aus drei Punkten besteht:

1. Kritik an der Regierung, die bei den Wählern den Eindruck erweckt hat, als sei sie gegen die Fristenlösung und sei für die Fristenlösung nur eine kleine Gruppe dort.
2. Wir dagegen halten fest an der Linien, die die Partei im Dezember 1971 – Sie finden es in der Broschüre – eingenommen hat. Sie erinnern sich an unseren Vorstandsbeschluß.
3. Die Fraktion muß in dieser Frage entscheiden, und jeder soll so entscheiden, wie es ihm sein Gewissen aufgibt, und wir wollen auch an die anderen noch einmal appellieren, sich ebenso einzulassen.

16 Tagung des NATO-Ministerrates am 26./27. Mai 1970 in Rom. Vgl. Kommuniqué in EUROPA-ARCHIV 1970 D 315–318.

17 Vgl. Nr. 20 Anm. 38.

18 Vgl. Nr. 20 Anm. 33.

19 Breschnew hielt sich vom 18. bis 22. Mai 1973 in der Bundesrepublik auf. Vgl. AAPD 1973 Dok. 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152.

20 Das Präsidium hatte auf seiner Sitzung am 2. April 1972 beschlossen, den Bundesausschuß aufzufordern, „sich ausdrücklich die Entschließung des Bundesvorstandes vom 9. 12. 1971 zu eigen zu machen“. (Protokoll in ACDP 07–001–1406). Zur Diskussion in der CDU vgl. GANTE S. 138–143.

Ich glaube, dies wird auch dem gerecht, was unter Ihrem Vorsitz, Frau Wex – und wir gratulieren zu Ihrer Tagung und auch zu Ihrer Wiederwahl alle sehr herzlich (*Beifall.*) und freuen uns darüber – unsere Frauenvereinigung uns zu tun empfiehlt.²¹ Wir sollten aber grundsätzlich uns an die Linie halten, die wir hier im Präsidium und auch in den Fraktionsgremien besprochen hatten, nämlich immer zu betonen, daß dies eine Frage der letzten Gewissensentscheidung eines jeden sei. Denn sonst kommen wir hier in eine große Schwierigkeit unter uns. Ich habe noch keinen Überblick über die Zahl der Kolleginnen und Kollegen der Bundestagsfraktion, die möglicherweise für eine Fristenlösung stimmen werden. Ich könnte durch einen Brief dies sehr schnell abfragen, möchte dies aber noch nicht tun, weil der Diskussionsstand nicht weit genug ist. Denn die Kollegen würden mich dann erst fragen, wo ist unser Antrag hinsichtlich der Indikation, denn davon mache ich meine Haltung abhängig. Ich habe den Eindruck, daß die Zahl derer, die für eine Fristenlösung sein könnten, nicht über zwei Händen ist, wahrscheinlich sehr viel darunter. Das aber wird abhängig sein von den Indikationsvorschlägen, die wir selber machen. Es gibt bei der medizinischen Indikation sicher eine Einstimmigkeit der Fraktion, in den anderen Fragen kommt es dann auf die Formulierung an, was man alles unter „kriminologisch“ unterbringt und wie weit die sozialen Tatbestände dabei gefaßt sein werden, auch nach unserer Formulierung vom Dezember 1971. Dazu sollten wir also auf jeden Fall heute etwas sagen und im übrigen vorwiegend den Bericht des Generalsekretärs und die praktischen Maßnahmen diskutieren, die notwendig sind, aber – wenn dies möglich ist und wenn die Herren können – natürlich auch noch einmal die Initiative Schwarz-Schilling/Langguth, die ja noch der Diskussion harrt. Wenn es dazu heute nicht kommen sollte, würde ich empfehlen, daß ich prophylaktisch hier einen Beschluß fassen darf, dieses Papier der Grundsatzkommission zuzuleiten.

So weit ein ganz geraffter Bericht, hier in dem Bundesvorstand. Nachher wird er etwas länger sein. Wir hielten es für notwendig, uns zu sehen, bevor wir in den Bundestausschuß gehen. Darf ich zunächst Herrn Kraske bitten um das, was hier gesagt sein muß, und dann zu einer kurzen Aussprache das Wort geben.

VORBEREITUNG DER ANSCHLIESSENDEN BUNDESAUSSCHUSSSITZUNG

Kraske: Darf ich Sie bitten, in dieser Vorstandssitzung zwei Beschlüsse zu fassen, die in die Zuständigkeit des Vorstandes fallen. Die eine Vorlage ist Ihnen von der Bundesgeschäftsstelle schriftlich übermittelt worden. Es handelt sich um die Gründung eines bisher nicht vorhandenen Fachausschusses der Partei. Die Partei hat, wie Sie wissen, zu einer ganzen Fülle von Fachbereichen Ausschüsse, zur Gesundheits-, zur

21 Wex war auf der Bundesdelegiertentagung in Kassel mit 120 von 135 Stimmen wiedergewählt worden (Protokoll in ACDP 04–003–068/4). – Die Frauenvereinigung hatte sich auf ihrer Tagung gegen die Fristenlösung ausgesprochen, vgl. „Die Welt“ vom 31. März 1973 „Frauenvereinigung der Union lehnt Fristenregelung scharf ab“.

Sozial-, zur Wirtschafts-, zur Kulturpolitik; sie hatte nur bisher keinerlei Ausschüsse zur Innenpolitik. Hier gab es lediglich in Fortführung einer uralten, im Jahre 1950 mit dem 131er-Problem²² begonnenen Tradition einen Fachausschuß Öffentlicher Dienst, und es gibt daneben inzwischen den Bundesarbeitskreis Polizei, der aber eine andere Aufgabenstellung hat. Es hat sich gezeigt, daß damit eine wichtige Koordinationsmöglichkeit fehlt, insbesondere zwischen Bundespartei, Bundestagsfraktion, Landesregierungen, soweit wir sie stellen, und Landtagsfraktionen. Wir schlagen Ihnen vor, die Errichtung eines Bundesfachausschusses Innenpolitik zu beschließen²³, zu dem der bisher bestehende Ausschuß Öffentlicher Dienst dann ein Unterausschuß werden soll, in den der Arbeitskreis Polizei verzahnt werden soll. Wir empfehlen weiterhin, diesen Bundesfachausschuß Innenpolitik ähnlich zusammensetzen wie den sehr fruchtbaren Bundesarbeitskreis Christlich-Demokratischer Juristen²⁴, wo im Bereich der Rechtspolitik diese Verzahnung zwischen Bund und Land, Fraktion und Partei hervorragend funktioniert. Ähnliches sollte hier für den Bereich der Innenpolitik gelten.

Der zweite Beschluß, um den wir Sie bitten, ist Ihre Zustimmung zur Aufnahme von Herrn Dr. Heck in die Grundsatzkommission. Herr Dr. Heck hat sich dazu bereit erklärt. Da der Bundesvorstand seinerzeit über die Zusammensetzung dieser Kommission beschlossen hat, muß diese Erweiterung hier formell ebenfalls beschlossen werden. Dies entspricht einem Wunsch der Grundsatzkommission, um über die Person von Herrn Heck auch eine engere Verbindung zur Konrad-Adenauer-Stiftung herzustellen. Dies sind die beiden Beschlüsse, um die ich Sie bitte. Außerdem wäre ich dankbar, wenn Sie mich ermächtigen würden, im Bundesausschuß zu erklären, daß der Bundesvorstand die Zustimmung zu der Vorlage zur Satzungsänderung der Bundesvereinigung der Union der Vertriebenen und Flüchtlinge empfiehlt. Dies ist Ihnen ebenfalls schriftlich zugegangen, ist drüben verteilt worden. Hier geht es um die Erhöhung der Zahl der Stellvertreter von drei auf vier, und der Beisitzer von vier auf acht. Das ist eine reine Formalie, aber die muß beschlossen werden. Ich wäre dankbar, wenn Sie dies unterstützen würden.

Barzel: Danke für den auch hier sehr kurzen Bericht. Wird dazu das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall, dann zum Nachbericht Frau Dr. Wex.

Kraske: Das ist so beschlossen damit.

Wex: Meine Herren, wir haben uns über die Frage § 218, Herr Vogel, in der letzten Zeit mehrere Male unterhalten. Wir haben die 218-Frage in einer Landschaft, die sehr schnell sich verändert. Nach dem, was ich höre, handelt es sich ja nicht nur darum zu sagen, bis wie weit gehen wir kriminologisch und eugenisch, sondern – wenn wir die Fristenlösung im Bundestag kriegen oder nicht, so weit kommt es ja jetzt –, es handelt

22 131er wurden die Beamten genannt, die aufgrund ihrer Betätigung im NS-Staat zunächst nicht wieder in den öffentlichen Dienst übernommen wurden. Ihre Wiedereinstellung wurde im Art. 131 GG geregelt. Vgl. auch Nr. 22 Anm. 61.

23 Die konstituierende Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik fand am 16. Oktober 1973 in Bonn statt (Ergebnisprotokoll in ACDP 07–004–491/2).

24 Gegründet 1968. Selbstdarstellung „Der BACDJ stellt sich vor“ in ACDP 07–001 AO Justiciar/Rechtspolitischer Kongreß 1975 unverzeichnet.

sich darum zu wissen, nicht nur, wer bei uns für die Fristenlösung ist, sondern wer bei uns überhaupt gegen eine Reform des § 218 ist. So kann man abzählen die 20 oder 30 bei der SPD und die eventuell bei uns. Die Lage, von der ja Müller-Emmert²⁵ uns immer zwischendurch berichtet, ist ja so, – wenn wir in den Vermittlungsausschuß gehen und damit zurückkommen, und es steht zur Disposition oder zur Entscheidung – ob wir überhaupt keine Änderung des § 218 kriegen oder die Fristenlösung. Dann werden die Leute des Gruppenantrags der SPD wahrscheinlich gar nicht anders können, als der Fristenlösung zuzustimmen. Also es sieht so aus, es handelt sich „nur noch“ – in Anführungsstrichen – darum, wie weit wir in den Formulierungen sozial so relevanter Tatbestände gehen, daß es eine Möglichkeit gibt, miteinander darüber zu sprechen. Ich weiß ganz genau, was ich damit sage, nur wir sind vor der Wahl, Fristenlösung oder eines sehr genauen, aber immerhin doch erweiterten, Indikationskatalogs. Von mir aus, ich bin gar nicht sehr glücklich darüber, aber wenn ich gewissensmäßig gefragt werde, Indikationslösung – mit dem, was ich eben gesagt habe – oder Fristenlösung, dann wüßte ich, daß ich für die Indikationslösung wäre in diesem sogar erweiterten Sinne. Ich finde es ganz schrecklich, daß wir in diese Lage gekommen sind, aber so ist die politische Landschaft.

Vogel: Ich will das ganz kurz ergänzen. Ich glaube, daß es für uns notwendig ist, daß wir in den Vordergrund stellen, daß es uns um den Schutz, um mehr Schutz für das nicht geborene Leben geht. Deshalb stehen im Vordergrund all die anderen Maßnahmen außerhalb des Strafrechts. Daraus sollten wir also sehr klar betonen, das Strafrecht hat eine flankierende Bedeutung, keine andere. Auch das sollten wir also ganz klar sehen. Das, was für uns nicht möglich ist, ist die Fristenlösung und ist ein Indikationskatalog, der so ausgeweitet ist, daß er im Ergebnis mindestens so viel bringt wie die Fristenlösung – wenn nicht mehr. Das heißt also, ein echter Indikationskatalog ist die einzige Lösung, die von uns angeboten werden kann. Und hier stehen wir nun vor der politischen Situation, können wir die Fristenlösung noch verhindern mit einem Indikationskatalog, der etwas weiter geht als unsere bisherigen Beschlüsse? Ich glaube, das ist die Überlegung, vor der wir stehen. Das wird unter uns eine sehr schwierige Sache, das möchte ich hier betonen. Hier halte ich für notwendig, daß wir alles tun, daß, wenn es eine Initiative aus der Fraktion gibt, es nur eine gibt und nicht mehrere. Es gibt Andeutungen dafür, daß einige Kollegen sich mit dem Gedanken tragen, wenn wir einen etwas weiteren Indikationskatalog bringen, dann einen engeren Indikationskatalog als Gruppeninitiative einzubringen. Dann meine ich, sind wir politisch nicht mehr handlungsfähig. Ich glaube, das müssen wir sehr deutlich sehen. Das sind die Schwierigkeiten, die wir unter uns haben. Das ist auch der Grund, weshalb ich neulich im Fraktionsvorstand²⁶ etwas zurückhaltend bei der Frage Eigeninitiative gewesen bin. Ich hoffe aber, daß wir hier ein Stück weiter kommen können im Laufe dieser

25 Dr. Adolf Müller-Emmert (geb. 1922), Jurist; 1956 SPD, 1961–1987 MdB, 1965–1983 Mitglied im Landesvorstand Rheinland-Pfalz und im Parteirat, ab 1983 Tätigkeit als Rechtsanwalt. – Müller-Emmert hatte am 4. März 1973 zusammen mit anderen Abgeordneten einen Gesetzentwurf zur Reform des Strafrechts (5. StrRG) vorgelegt (BT-Drs. 7/443).

26 Protokolle des Fraktionsvorstands liegen nicht vor.

Woche. Ein Entwurf ist inzwischen durchformuliert und wird heute oder morgen vorliegen.

Barzel: Darf ich folgendes sagen. Die Position ist nicht die, die einige vielleicht auch für richtig halten, überhaupt nichts zu ändern: Die Position der Union ist die Reform. Zweitens, die Einlassung der Partei und der Fraktion sollte nicht so sehr darauf setzen, daß wir schlußendlich eine Mehrheit kriegen. Das ist ein Wunsch, das ist eine Bemühung wert, eine Hoffnung, eine Anstrengung, alles das ist richtig. Aber wir müssen damit rechnen, daß wir mit dieser Anstrengung nicht durchkommen. Und deshalb dürfen wir nicht hier so weit gehen, daß wir am Schluß dann mit einem Vorschlag dastehen, der in der Nähe der Fristenregelung ist. Wir müssen hier mehr auf unsere Prinzipien achten und auf der Linie bleiben, die im Dezember 1971 gesagt ist.²⁷ Das war ja schließlich sorgfältig vorbereitet von der Frauenvereinigung und von der Juristenvereinigung.

Köppler: Genau das muß beachtet werden. Es gibt im Grunde zwei Probleme. Es gibt das erste Problem, daß aus der Unionsfraktion jetzt Flagge gezeigt wird in dieser Frage. Und ich meine, das sollte man durch einen Gruppenantrag tun, der sich im wesentlichen auf der Linie bewegt, die damals in der Fraktion, in der alten Fraktion und in der Partei festgelegt worden war, was nicht daran hindert, daß man in der einen oder anderen Indikationsnuance noch einmal neu formuliert. Jedenfalls nicht auf der Linie des Gruppenantrags aus der Koalition, die ja einfach den Jahn-Entwurf²⁸ übernimmt. Das ist die erste Sache, das sind wir unseren Wählern schuldig, denn es gärt in diesem Punkt draußen, das müssen wir wissen.

Das zweite ist natürlich die schwierige Frage, wie dann nachher in der Ausschußberatung und in der Überlegung für die zweite und dritte Lesung die Fristenlösung verhindert werden kann. Hier bin ich allerdings der Meinung, man solle nicht zu früh die einzelnen fragen, das ist sicherlich taktisch richtig, und hier wird es auch nicht darauf ankommen können, dann in der letzten Phase der Entscheidung, die, wie Frau Wex mit Recht gesagt hat, eine Entscheidung Fristenlösung oder nicht sein wird im Bundestag, nun auseinanderzufallen in alle möglichen Bekenntnisgruppen dieser oder jener Stringenz. Nur eins müssen wir wissen, und das sollten wir auch den Kollegen in der Bundestagsfraktion sagen: Wenn an uns eine wie auch immer geartete Indikationslösung scheitert und damit die Fristenlösung durchkommt, dann bezieht die Prügel für dieses Ergebnis aus den Wählerschichten der CDU/CSU ausschließlich die CDU/CSU. Die 30 oder 35 Figuren der Koalition werden dann die Helden sein, während wir

27 Der Bundesvorstand hatte auf seiner Sitzung am 9. Dezember 1971 das Thema § 218 behandelt und sich für eine Indikationslösung und gegen die Freigabe der Abtreibung sowie die Fristenlösung ausgesprochen. Vgl. Nr. 20 S. 656–665; GANTE S. 141; Beschluß des CDU-Bundesausschusses vom 2. April 1973 in CDU Presse Mitteilungen vom 2. April 1973.

28 Jahn legte im Oktober 1971 einen Referentenentwurf zum Fünften Strafrechtsreformgesetz vor. Der Entwurf wurde am 9. Februar 1972 vom Kabinett beschlossen. Vgl. BULLETIN Nr. 158 vom 28. Oktober 1971 S. 1682f. sowie Nr. 22 vom 17. Februar 1972 S. 265 f.; „Frankfurter Rundschau“ vom 23. Oktober 1971 „Jahn legt seinen 218-Entwurf vor“; GANTE S. 134–137.

trotz unseres zahlenmäßig stärkeren Engagements für eine Indikationslösung ausschließlich die Prügel beziehen werden. Und deshalb muß irgendwann zu einem nicht zu späten Zeitpunkt auch klargemacht werden, daß die CDU/CSU – bei aller Freiheit der Gewissensentscheidung – jedenfalls in einer zahlenmäßigen Stärke für die Indikationslösung eintritt, daß nicht an ihr diese Lösung scheitert. Im Augenblick wird in der SPD wegen der Ungewißheit der Stimmenzahlen in der CDU/CSU-Fraktion damit Reklame gemacht, da seien inzwischen in der neuen Fraktion doch mehr als in der alten Fraktion, und deshalb habe es gar keinen Sinn, sich jetzt noch auch als Minderheit in der SPD gegen die Fristenlösung zu sperren. All das spielt zur Zeit in den Kulissen eine Rolle, und irgendwann nach der ersten Lesung²⁹, meine ich, muß klar sein, daß es eben nicht mehr sind bei uns, als wir gerade noch vertragen können, um der Fristenlösung nicht zu einer Mehrheit zu verhelfen.

Filbinger: Ich möchte genau in der gleichen Richtung sprechen. Ein Erlebnis möchte ich Ihnen sagen, das ich in der letzten Woche hatte, wo mir ein früherer Landesvorsitzender sagte – emotional stark betont, das möchte ich vorausschicken –, daß, wenn die CDU- Bundestagsfraktion in der Frage §218 nicht zu einer einheitlichen Lösung käme im Sinne einer Ablehnung der Fristenlösung, er sich dann überlegen müsse, ob er aus der Partei austrete. Das war kein Mann, der unbesonnen ist, sondern ein Mann, der mir damit eine Stimmung übermittelte, die weit verbreitet ist. (*Diskussion.*) Er sprach nicht aus meinem Landesverband, aber ich kenne auch in meinem eigenen Landesverband entsprechende Einstellungen. Ich stelle daher die Frage, ob es nicht erreichbar sein müßte, ob man nicht alle Anstrengungen unternehmen sollte, doch in der Bundestagsfraktion zu einer absolut einheitlichen Regelung zu kommen. Denn ich glaube, die CDU wird schon gemessen hier an einer Grundsatzfestigkeit. Wenn wir dann aus dem Kalkül heraus, um noch etwas zu erreichen, das kleinere Übel wählen, auseinanderfallen und eine Gruppe haben, die dann gegen Grundsätze verstieße letzten Endes, würden wir wahrscheinlich die Zeche außerordentlich schwer zu bezahlen haben, zumal jetzt ja zu unseren Gunsten die Kirchen aufgewacht sind in einer Art und Weise, wie wir es in den letzten Jahren doch nie mehr gehabt haben. Ich würde also meinen, untergehen mit wehender Flagge, aber in Grundsatztreue und einheitlich, das wäre für die CDU eine Position, die würde ich überhaupt nicht fürchten. Dann soll eben die Fristenlösung von der Koalition durchgebracht werden. Aber dann hat die CDU einen blanken Schnitt und kann sagen, das ist unsere unverrückbare Einstellung, und dafür stehen wir und sind wir gestanden. Ich glaube, daß im Volk draußen und in der Partei sehr weit diese Auffassung verbreitet ist. Ich wollte dies als eine Anregung geben, ob nicht gerade diese Auffassung vieler Parteifreunde draußen doch ein Motiv sein könnte für Freunde in der Fraktion mitzuhelfen, daß wir eine Möglichkeit absolut geschlossener Einstimmigkeit erreichen können.

²⁹ Die erste Beratung im Bundestag über die vier eingebrachten Gesetzesentwürfe (BT-Drs. 7/375: Fraktion der SPD und FDP; BT-Drs. 7/554 Fraktion der CDU/CSU; BT-Drs. 7/561 Gesetzesentwurf der Abgeordneten Dr. Heck und Genossen; BT-Drs. 7/443: Gesetzesentwurf der Abgeordneten Dr. Müller-Emmert und Genossen) begann am 17. Mai 1973. Vgl. GANTE S. 149–156.

Barzel: Ich möchte dazu noch folgendes sagen: Es ist natürlich erstaunlich, welcher Informationsmangel z. B. aus dem Gesprächspartner des Kollegen Filbinger spricht, oder welcher Informationsmangel der Kultusminister von Rheinland-Pfalz³⁰ hat, der sich im Fernsehen ähnlich hinstellt. Sie haben hier die Broschüren, darunter ist die Broschüre, die wir den Wählern gegeben haben. Da ist die dickste darunter über den § 218 mit der ganz klaren Entschließung dieses Vorstandes, und zwar nicht des alten, sondern dieses Vorstandes, des Nach-Saarbrücker-Vorstandes, wo er die Fristenlösung einstimmig abgelehnt hat.³¹ Das ist doch klar genug. Ich glaube aber, wir müssen bei der Gewissensfreiheit hier bleiben. Ich würde einen Fehler machen im Interesse des Ziels, was Filbinger beschreibt, oder die Fraktion würde einen Fehler machen, wenn sie jetzt die Frage stellen würde: Seid Ihr auch alle gegen die Fristenlösung? Ich muß die Frage stellen, hier kommt Herr Vogel mit den Indikationen und ich hoffe, da seid Ihr alle dafür oder möglichst viele dafür. So herum muß ich die Frage stellen, um die Gefahr abzumildern, von der Frau Wex spricht, denn es kann uns ja auch passieren, daß bei uns einfach 20, 30 sagen, der § 218 darf überhaupt nicht geändert werden. Die kommen überhaupt nicht in die Debatte. Und dann ist alles das, was wir aufgebaut haben, für die Katz. Deshalb die herzliche Bitte an Herrn Vogel, doch as quick as possible mit diesem Antrag zu kommen, und den hinten nicht zu weit zu fassen, sondern den zu nehmen, um alles einzufangen zu können. Und wenn wir den positiven Beschluß haben, dann wird sich der Rest ja ergeben. Und es wird am Schluß – so nehme ich an – dann, wenn wir so richtig uns einlassen und die Entschließung heute fassen, wie ich sie vorher nach Beratung im Präsidium skizziert habe – das ist ja schon hilfreich, Herr Filbinger, wenn wir das so rum machen –, dann wird am Schluß, so nehme ich an, die Abstimmung im Plenum zu dieser Frage auf unserer Seite nicht anders sein als die zum Grundvertrag. Das heißt, es werden die Dissidenten unter einer Handvoll bleiben, die anwesend sind. Und darauf wird es dann ja ankommen. Ich glaube, dies ist richtig. Ich finde – ich bin ja nun viel unterwegs draußen –, daß, wenn man also sagt, wie flatterhaft und wie oberflächlich usw. die anderen das betreiben, das einen großen Jubel gibt. Es gab ja auch einen großen Jubel bei den Damen in Kassel³² auf diese Passagen.

Köppler: Noch eine Bemerkung zu dem, was Sie sagten, Herr Ministerpräsident Filbinger. Das Argument, daß man jetzt eine geschlossene Haltung der CDU/CSU-Fraktion erwartet, spielt im katholischen Bereich eine verheerend große Rolle. Ich habe gesagt, wir müssen dem entgegentreten. Ich habe das auf der Sitzung des Zentralkomitees nur deshalb verhindert, weil ich damit gedroht habe, ich würde mich anheischig machen, ein zahlenmäßig mehrfaches als diese möglichen Dissidenten in der CDU-Fraktion unter katholischen Moraltheologen ausfindig und namhaft zu machen, die auch für die Fristenlösung eintreten. Wir dürfen uns diesen Schuh nicht anziehen

30 Vgl. „Frankfurter Rundschau“ vom 24. März 1973 „Vogel: Freibrief zum Töten“.

31 CDU Bundesgeschäftsstelle (Hg.): Argumente – Dokumente – Materialien. Thema: Dokumentation über den Stand der Diskussion um die Reform des § 218 StGB – Abtreibung. 3. neugefaßte Auflage Bonn 1972 (ACDP Dokumentation 0/068/33–7–CDU).

32 Vgl. Anm. 21.

lassen, daß hier bis auf den letzten Mann und die letzte Frau in der Fraktion in dieser Frage so bestimmt wird. Denn das erreichen wir nicht, und wir müssen gerade im katholisch-kirchlichen Bereich rechtzeitig klarmachen, daß es auf diese allerletzte zahlenmäßige Geschlossenheit auch nicht ankommen darf angesichts der inneren Situation, im kirchlichen Bereich selber.

Wex: Darf ich noch etwas Grundsätzliches sagen. Wir haben ja gerade die Diskussion unter den jungen Frauen drei Tage lang gehabt. Die Möglichkeit, zu Indikationslösungen zu kommen und auch ein paar von Fristenlösern zu überzeugen, daß das besser ist, für die Frauen eine Indikationslösung zu machen, ist doch der Ansatzpunkt, daß man das einfach in der Art der Indikationsbehandlung auch gerade jüngeren Frauen klarmacht. Herr Filbinger, ich bin völlig Ihrer Meinung, daß da Grundsätze von uns angesprochen sind. Aber was das bedeutet – auch wenn wir prinzipiell durchkommen mit unserer Ablehnung der Fristenlösung –, wenn die Fristenlösung hier in Deutschland praktiziert wird, das halten wir überhaupt nicht auf, was dann passiert an Entwicklung im Verhältnis zu Leben und all dem, was wir ja auch in unseren Prinzipien haben. Darüber müßte man noch mal nachdenken, was es wirklich bedeutet, Fristenlösung hier bei uns praktiziert zu sehen. Die ganzen Ärzte bis zu einem Riesenprozentsatz dagegen zu haben, d. h. einfach, daß wir alle Entwicklungen haben, die jetzt von den anderen europäischen Ländern als Korrektiv ja schon auf uns zurückschlagen und daß wir das hier erst durchmachen müssen. Die Tatsache, was dann läuft einfach dadurch, daß das erlaubt ist, können wir ja kaum aufhalten in der praktischen Entwicklung. Deswegen glaube ich, daß die Tatsache Fristenlösung oder nicht noch viel weitergehende, auch grundsätzliche Überlegungen von uns hervorrufen muß. Herr Filbinger, wirklich, es ist doch so, wo sollen wir dann unsere Prinzipien überhaupt in der Praxis noch durchsetzen, wenn hier einmal die Schleuse geöffnet wird? Ich sehe das wirklich an als eine Öffnung der Schleuse, denn viele sind ja einfach uninformiert, und wir wollen jetzt nicht die inhaltliche Diskussion –, was Sie auch gesagt haben, Herr Barzel – über die Unabgrenzbarkeit von drei Monaten führen. Ich will hier gar nicht mehr vom Inhalt reden, sondern einfach von der Entwicklung, die damit angefangen wird. Es gehört ja auch zu unseren Prinzipien, so etwas vorher aufzuhalten, weil wir es nahher nicht mehr in die Hand bekommen.

Filbinger: Frau Kollegin Wex, nur eine Informationsfrage, weil das, was wir jetzt sagen, nicht bedeutet, daß man, um das eine zu vermeiden, man bei der anderen Lösung, nämlich bei der Indikationslösung, so weit gehen sollte, um auch noch die SPD, die 30, einfangen zu können. (*Unruhe und Diskussion. – Zwischenruf:* Das heißt auf keinen Fall soziale Indikation, das heißt das.)

Barzel: Also, wir müssen davon ausgehen, daß wir in dem, was man soziale Indikation nennt, natürlich eine größere Zahl von eigenen Stimmen für die soziale Indikation haben werden als in den beiden anderen Fragen. Das ist überhaupt kein Punkt. Aber ich möchte gerne, nachdem hier natürlich unausgesprochen auch die Position der Kirchen eine Rolle spielt, folgendes sagen, das kann man öffentlich nicht sagen: Ich finde es eigentlich sehr traurig, daß wir hier im Grunde – das machen die Sozialdemokraten ja immer – ein Problem des vorigen Jahrhunderts diskutieren. Wir diskutieren über

Abtreibung, als gäbe es Empfängnisverhütung in der kompletten modernen Form überhaupt nicht. Das ist eigentlich ziemlich unerträglich. Und wenn die Kirchen sich auf diesem Gebiet einen Anstoß geben, und zugleich erklären würden, unsere Dienste stehen zur Verfügung für die Kinder, die an sich nicht gewünscht sind, wäre die ganze Position hier natürlich sowohl der Kirchen ... (*Köppler*: Einschließlich Geld, Institutionen usw.). Entschuldigung, ich kenne das alles auf dem Papier, aber wenn wir draußen im Lande sind, hören wir natürlich, daß das doch nicht überall so funktioniert. Ich war jetzt in solchen Heimen unterwegs im Ruhrgebiet. Es funktioniert nicht so. Es sollte deshalb sehr viel deutlicher werden, dann wären wir in einer sehr viel besseren Assiette. Und ich kann nur sagen, wo immer ich – und das soll ja gelegentlich geschehen, wie man hört – mit Vertretern beider Kirchen rede, komme ich auf den ersten Punkt zu sprechen, bitte uns dort zu helfen, denn in unserem Beschluß vom Dezember steht natürlich auch dazu etwas. Ich kann nur sagen, wir wissen ja aus dem Wahlverhalten von Frauen, daß katholische Frauen gesagt haben, also nach dem Konzil brauchen wir nicht mehr in die Kirche zu gehen. Mit der Pille haben wir sowieso Krach mit dem Papst, also warum nicht auch in der nächsten Frage. Das wird gar nicht differenziert, das ist ein allgemeines Emanzipationsbedürfnis. Aber davon wollen wir uns nicht leiten lassen. Hier geht es um eine ganz grundsätzliche Frage, die wir schlußendlich fast einstimmig beantworten werden, wie Herr Filbinger dies gesagt hat. Nur wenn wir jetzt versuchen würden, dies zu erstreiten, ohne unsere Indikationen vorliegen zu haben, dann würden wir wieder einmal Drittel, Drittel, Drittel haben, nämlich nicht in den Zahlen gleich eine Gruppe, die sagt gar nichts, eine Gruppe, die sagt Fristen, und eine Gruppe, die sagt Indikationen, und die zerfällt dann wieder noch, wobei es dort eine starke Minderheit gibt, die einer Indikationenlösung, die in der Sache sehr viel weitergehend ist als die Fristenlösung, zustimmen würde, vielleicht aus Unkenntnis. Wenn wir so verfahren wie vorgesehen, glaube ich, werden wir in der dritten Lesung³³ Mehrheitsverhältnisse haben, wie ich versucht habe, sie zu bezeichnen.

Hasselmann: Ich glaube, das Vorgehen ist absolut richtig. Am besten mit den Vorschlägen, wie Sie sie hier machen wollen. Warum ich mich gemeldet habe, ist, daß aus der Sicht der katholischen Kirche ja definitive Aussagen vorliegen. Aus der Sicht der evangelischen Kirche ist das nicht der Fall. (*Unruhe und Diskussion*.) Sie erinnern sich an die Wählerinitiative der 37 Vikare gegen uns in Niedersachsen.³⁴ Ich habe mich diesen 37 Vikaren gestellt in einer Diskussion mit dem Landesbischof Professor Lohse, mit einem Ergebnis, daß wir beide, der Bischof und ich, gesagt haben, wir müssen die neue Bekennende Kirche gründen. Das sind – nach dem Studium im Predigerseminar – zusammengefaßt 37 Vikare, meine Damen und Herren, Herr Vorsitzender, alle 37 für die Fristenlösung. Warum frage ich, wer ist denn hier evangelische Kirche? Das ist ja nicht klar. Ich weiß nicht, ob das in der katholischen Kirche ähnlich ist, aber mit

33 Die zweite und dritte Lesung erfolgten am 25./26. April 1974, vgl. GANTE S. 157–164.

34 Zur Diskussion in der evangelischen Kirche um den § 218 im Frühjahr 1973 SIMONE MANTEI: Nein und Ja zur Abtreibung. Die evangelische Kirche in der Reformdebatte um den § 218 StGB 1970–1976 (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte. Reihe B: Darstellungen Bd. 38). Göttingen 2004 S. 224–263.

denen müßte man reden. Diese jungen Vikare sind sich ja überhaupt nicht im klaren, über was sie reden, weil sie nicht genug informiert sind nach meinem Dafürhalten. Deshalb würde ich die offiziellen Gespräche in dieser Frage unterstützen. Das sollten wir ihnen anempfehlen und das ruhig publizieren, daß sie hier zur Meinungsbildung die offizielle Meinung hören. Aber wir in den Ländern sollten das unterstützen.

Katzer: Ich wollte nur einen Satz noch sagen zu dem, was Köppler gesagt hat. Im Verfahren bin ich mit dem Vorsitzenden vollkommen einig. Wir müssen so schnell wie möglich einen Antrag vorlegen, dann werden wir sehen, daß das die ganz große Welt ist, dann ist der Punkt raus. Aber, Kollege Köppler, ich bin nicht der Meinung, daß die Kirchen, auch die katholische, deutlich genug nach draußen getreten sind, um die sozialen Hilfestellungen, die wir ja auch in unserem Antrag gefordert haben, zu vertreten. Ich weiß über alle Gespräche mit den katholischen Geistlichen, mit Laienorganisationen, daß immer gesagt wird, man gibt so schöne Papiere, aber in der Öffentlichkeit ist dieser Eindruck nicht. (*Unruhe.*) Darauf kommt es doch an, das ist ein ganz entscheidend wichtiger Punkt. Ich glaube, wir müßten aus der strafrechtlichen Ecke etwas heraus in diese positive Gestaltung. Das Strafrecht ist nur das letzte, das ist ja nicht der Inhalt unserer Sache (*Wex:* Das ist das Flankierende). Die Diskussion muß doch auf die positive Seite gerückt werden, und da können wir nicht leugnen, daß die Kirche, oder auch Kirchen, in der Vergangenheit nicht das getan haben, was zu tun nötig gewesen wäre. Das geben sie heute zu. Und ich wiederhole, es gibt hier Ansätze. Es muß doch nun möglich sein mit der Kirchensteuer, daß das ein Werk wird wie *Misereor*³⁵ oder wie *Adveniat*³⁶, das hier jedermann bekannt ist. Jedermann weiß doch, wie die Kirche da ist für denjenigen, der in Not geraten ist. Dann ist die Rolle der Kirche auch wieder eine ganz andere und damit zwangsläufig auch – nebenbei bemerkt – für die Zukunft mit anderen Aspekten versehen. Ich darf unsere Freunde, die in den Gremien sitzen, wirklich nur noch mal ganz herzlich bitten, diesen Punkt nach vorne zu schieben, denn sonst kriegen wir eine Diskussion, die sich mit strafrechtlichen Dingen befaßt, die gar nicht so gut für uns aussieht, wie sie aussehen könnte, wenn wir nicht den anderen Aspekt nach vorne schieben.

Kraske: Meine Damen und Herren, darf ich noch eine satzungsrechtliche Frage klären. In der letzten Sitzung des Bundesausschusses hat es Meinungsverschiedenheiten über die Behandlung der Frage der Beschlußfähigkeit gegeben. Sie wissen, daß der Bundesausschuß seit vielen Jahren – ich muß eigentlich sagen, seit zwei Jahrzehnten – darunter leidet, daß er fast immer sehr schlecht besetzt ist. Ich habe inzwischen festgestellt, daß nach dem Wortlaut unseres Statuts der Parteivorsitzende verpflichtet ist, bei Beginn der Sitzung die Beschlußfähigkeit festzustellen, andernfalls die Sitzung sofort aufzuheben. Und es kann dann nicht am gleichen Tag neu eingeladen werden, sondern es kann dann nur angekündigt werden, daß beim nächsten Mal entsprechend

35 Auf Initiative von Kardinal Frings 1959 gegründetes Hilfswerk der katholischen Kirche zur Unterstützung von Hilfsprojekten in der Dritten Welt.

36 Seit 1961 bestehendes Hilfswerk der deutschen Bischöfe zur Unterstützung von Hilfsprojekten in Lateinamerika.

sofort eingeladen werden könnte. Ich möchte wenigstens den Bundesvorstand, und zwar alle hier anwesenden Mitglieder, bitten, den Vorsitzenden von der Einhaltung dieser formalen Pflicht zu entbinden, die bisher in 20 Jahren CDU-Geschichte noch nie ein Vorsitzender wahrgenommen hat, weil wir sonst heute nicht zu einer Bundesausschußsitzung kommen werden. Wenn wir formelle Abstimmungen durchführen, werden wir natürlich vorher zählen, ob wir mehr als 65 sind, aber ich wäre sehr überrascht und Sie wahrscheinlich mit mir, wenn wir jetzt zu Beginn der Sitzung 66 Leute da hätten. Deswegen also meine Bitte, daß wir am Anfang schweigend über diese Frage hinweg gehen. Ich gucke insbesondere unseren Freund Amrehn an, auf dessen Zustimmung ich hier besonderen Wert lege, weil ich mit ihm einen sehr freundschaftlichen Diskurs in dieser Frage hatte.

Barzel: Danke herzlich. Herr Filbinger, und dann schließe ich die Sitzung.

Filbinger: Also ich bin mit dem einverstanden, was der Generalsekretär sagt, nur ist die Frage bezüglich der zeitlichen Ausdehnung unserer heutigen Sitzung und der künftigen Sitzung. Wir wissen ja alle, als Landesvorsitzende stehen wir in ähnlicher Situation. Alle Beschwörungen, die wir vornehmen, die Präsenz bis zum Schluß durchzuhalten, nutzen nichts. Wenn ein gewisses zeitliches Ausmaß überschritten ist – vier Stunden sind eigentlich das Maximale, wo man mit einer guten Besetzung rechnen kann, ja, steigern Sie ruhig noch, weil dies ein sehr hohes Gremium ist, auf fünf Stunden (*Unruhe.*) –, dann sind die Kapazitäten erschöpft.

Kraske: Ich stimme Ihnen zu, bei der letzten Sitzung hatte ich gedacht, die erste Sitzung nach einer Bundestagswahl könnte dieses zweithöchste Gremium der Partei auch über mehr als fünf Stunden durchhalten, aber auch dies war leider nicht der Fall.

Barzel: Aus demselben Grund werden wir nicht unterbrechen für Mittag, sondern hier den Barbarismus der Butterbrote machen. Vielen Dank! (*Beifall.*)